

Plenum aktuell

Plenarsitzungen 24. und 25. April 2013

Initiativen und Positionen
(Stand 23.4.2013)

Aktuelle Stunden

Offene Konfrontation Wirtschaft greift Landesregierung an

Staus und Schlaglöcher. Gleich drei rheinland-pfälzische Wirtschaftsverbände protestieren gegen den immensen Investitionsstau im Straßenbau. Dies werde zunehmend zum Standortnachteil und gefährde die Wettbewerbsfähigkeit der rheinland-pfälzischen Wirtschaft. Deshalb gingen der Landesverband der Unternehmerverbände Rheinland-Pfalz (LVU), die Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammer (IHK) sowie der Landesverband der Bauindustrie gemeinsam an die Presse – ein bislang einmaliger Schulterschluss. Sie kritisieren vor allem den jämmerlichen Zustand vieler Kreis- und Ortsstraßen. Wenn es keine Instandhaltung gebe, würden die Schäden immer größer. Die Landesregierung hat die Mittel für Neubau und Instandhaltung der Straßen massiv gekürzt.

Klöckner spricht von Alarmsignal

CDU-Fraktionschefin Julia Klöckner spricht von einem „dramatischen Alarmsignal“. Die Infrastrukturpolitik von Rot-Grün sei kurzfristig und unzureichend. Gerade hier dürfe nicht der Rückwärtsgang eingelegt werden. Die Landesregierung nehme die Nöte der Unternehmen nicht ernst. Auch die Bürger, Pendler, Fachkräfte seien auf eine leistungsfähige Infrastruktur angewiesen.

Infrastruktur verfällt

In der Aktuellen Stunde hinterfragt die CDU-Fraktion das Verkehrskonzept der Landesregierung. Wir werfen Minister Lewentz vor, bewusst den Verfall öffentlichen Eigentums in Kauf zu nehmen. Die „Schlaglochmisere“ vernichtet langfristig Vermögen des Landes.

Krise als Dauerzustand Landesregierung verschleppt Probleme der Universitätsklinik Mainz

Lange OP-Wartezeiten, zu wenig Pflegekräfte, finanzielle Schieflage, Rücktritte von Chefarzten. Die Probleme an der Mainzer Universitätsmedizin reißen nicht ab. Die Klinik schreibt rote Zahlen, kämpft gegen ein

Minus von mindestens 15 Millionen Euro. 240 Stellen sollen deshalb wegfallen. Die CDU-Fraktion sieht für diese Krise Staatsministerin Ahnen in der Verantwortung.

Ahnen trägt Verantwortung

Als Aufsichtsratsvorsitzende der Universitätsmedizin habe sie über Jahre massiv Fehler gemacht. Es fehle ein Strukturkonzept. Die Ministerin habe schlichtweg keinen Plan für das Krankenhaus und sei offensichtlich mit dieser Aufgabe überfordert, kritisieren die Abgeordneten Gerd Schreiner und Dorothea Schäfer. Die Fehlsteuerungen, die Ahnen zu verantworten habe, würden jetzt auf dem Rücken von Mitarbeitern und Patienten ausgetragen. Die Landesregierung stelle vier von zwölf Aufsichtsratsmitgliedern.

Aufsichtsrat braucht Fachverstand

„Der Aufsichtsrat braucht aber Sachverstand und nicht das SPD-Parteibuch“, so Schreiner. In der Aktuellen Stunde wird die CDU-Fraktion auf eine Klärung der Verhältnisse drängen. Wir fordern, dass die Ministerpräsidentin Frau Ahnen vom Vorsitz des Aufsichtsrates abzieht, damit der Platz für einen Experten frei wird, der das notwendige Wissen und den Fachverstand für diese Aufgabe mitbringt. Es geht um die Zukunft des zweitgrößten Unternehmens in Rheinland-Pfalz mit über 7 000 Mitarbeitern.

Parlamentsanträge

Fehlsteuerungen an der Universitätsmedizin Mainz Ministerin Ahnen soll Aufsichtsratsvorsitz abgeben

Zur Krise der Mainzer Universitätsmedizin hat die CDU-Fraktion auch einen Antrag vorgelegt.

Darin fordern wir Ministerpräsidentin Dreyer auf:

- zum nächst möglichen Zeitpunkt aus dem Aufsichtsrat der Universitätsmedizin Mainz alle Mitglieder der Landesregierung und ihre ständigen Vertreter, insbesondere Frau Staats-

ministerin Ahnen als Aufsichtsratsvorsitzende sowie die Staatssekretäre Herr Langner und Frau Reiß, abzurufen;

- die frei werdenden Positionen des Aufsichtsrates durch Experten aus den Bereichen Wissenschaft, Medizin und Gesundheitsmanagement zu besetzen.

Gegen den Wegfall der Arbeitspflicht in Gefängnissen

CDU stellt Neuregelung des Strafvollzugs in Frage

Jobben nur nach Lust und Laune. Strafgefangene in rheinland-pfälzischen Gefängnissen brauchen künftig nicht mehr zu arbeiten. Die Landesregierung will die bisherige Arbeitspflicht abschaffen und das Strafvollzugsgesetz entsprechend ändern. Bislang müssen Häftlinge im Gefängnis einer Tätigkeit nachgehen, wenn es ausreichend Arbeitsplätze gibt.

Nach europäischer Rechtsprechung dürfe Arbeit nicht als Strafe eingesetzt werden, begründet Justizminister Hartloff seinen Vorstoß und erntet dafür Kopfschütteln seitens des Bund der Strafvollzugsbediensteten und der Gewerkschaft.

Arbeitspflicht wichtig für Resozialisierung

Die Arbeitspflicht sei zwar kein Allheilmittel, aber eine wichtige Maßnahme, um die Gefangenen auf ein selbst verantwortetes Leben in Freiheit vorzubereiten. Ohne Pflicht würden gerade jene die Arbeit verweigern, die einen strukturieren Tageablauf am nötigsten hätten. Von einem grundfalschen Signal spricht die CDU-Fraktion und hat einen umfangreichen Änderungsantrag auf

den Weg gebracht. Die meisten Bundesländer, auch Baden-Württemberg und Hessen, stellen die Arbeitspflicht nicht in Frage.

Drogenkonsum im Gefängnis

Ein weiteres, wichtiges Anliegen der CDU-Fraktion bei der Änderung des Strafvollzugsgesetzes: Den Drogenkonsum im Gefängnis besser bekämpfen. Ob beim Händedruck oder Toilettengang, Drogen gelangen immer wieder hinter die Gefängnismauern und gehören leider zum Alltag im deutschen Strafvollzug. Nach Angaben von Justizbeamten betrifft diese Problematik auch viele Frauen, die einsitzen. Wir fordern schärfere Maßnahmen, etwa den Einsatz von speziell geschulten Rauschgift-Hunden bei Besucherkontrollen. Zudem soll die Überwachung von Besuchen und Gesprächen nicht angekündigt werden müssen. Den Gefangenen soll es aber, anders als von der Landesregierung gewollt, auch weiterhin möglich sein, Pakete mit Nahrungs- und Genussmitteln zu empfangen. Auch sind wir im Gegensatz zur Landesregierung für die Beibehaltung des Übergangsgeldes.

Mehr Frauen in die Kommunalparlamente

Landesgesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes

Faktor Frau im kommunalpolitischen Alltag. Der Anteil von Frauen in Gemeinde- und Stadträten stagniert. Zwar stellen in Rheinland-Pfalz Frauen mit 50,9 Prozent die Mehrheit der Bevölkerung. Ihr Anteil in den Kommunalparlamenten liegt aber nur bei 16,8 Prozent. Für die Qualität und Nachhaltigkeit politischer Entscheidungen ist es wichtig, dass die Hälfte der Bevölkerung

angemessen repräsentiert ist. Die CDU-Fraktion will das Engagement von Frauen stärken und ihre kommunalpolitischen Aktivitäten fördern. Unser Ziel ist die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern am politischen Leben.

Eine geplante Änderung des rheinland-pfälzischen Kommunal Wahlrechts soll mehr

Frauen in die Räte bringen. Wir teilen die Zielsetzung, eine paritätische Besetzung von Wahllisten zu erreichen. Wir haben allerdings Zweifel auf einen amtlichen Stimmzettel konkrete Wahlappelle oder Quoten zu drucken. Die Wahl als solche darf nicht durch Hinweise auf den Wahlzetteln, die über den Verweis auf die verfassungsrechtlich festgeschriebene Gleichberechtigung von Frau und Mann hinausgehen, beeinflusst werden.

Die CDU-Landtagsfraktion spricht sich deshalb dafür aus, wenn überhaupt, dann ledig-

lich auf Wahlzetteln künftig den Hinweis auf Art. 17 Abs. 3 Satz 1 der Landesverfassung aufzunehmen: „Frauen und Männer sind gleichberechtigt.“ Wir wissen aber auch, dass es vielschichtige Gründe gibt, warum Frauen in der Kommunalpolitik unterrepräsentiert sind und das starre Quotierungen alleine nicht die Probleme lösen. Deshalb setzt die CDU unabhängig von etwaigen gesetzlichen Regelungen auf einen breiten und intensiven Dialog mit Frauen und Frauenverbänden.

Echte Bürgernähe - Bürgerbeteiligung in der Praxis

Zu Hause wählen können – Kommunalwahlgesetz ändern

Warteschlangen und „Stress“ in der Wahlkabine: Etliche Zettel, zig Namen, kumulieren, panaschieren. Das Verfahren bei Kommunalwahlen ist extrem kompliziert. Wenn Ortsvorsteher, Gemeinde-, Stadträte und Kreistage zur Wahl stehen, gehen immer weniger Bürgerinnen und Bürger an die Urne. Seit Jahren nimmt die Wahlmüdigkeit zu. Abhilfe schaffen könnte das „Wählen zu Hause“, in aller Ruhe in den eigenen vier Wänden. Für die CDU-Landtagsfraktion ein echter Beitrag zu mehr Bürgerbeteiligung. Viele Wählerinnen und Wähler hätten mehr Zeit, die Unterlagen zu sichten und zu überlegen, wem sie ihre Stimme geben. Natürlich bleibt es ihnen unbenommen, auch erst im Wahllokal abzustimmen.

Wählen schon 2014 erleichtern

Deshalb schlagen wir vor, das Kommunalwahlgesetz zu ändern. Am besten zügig, schon für die nächste Kommunalwahl 2014. Wählerinnen und Wählern sollten die Stimmzettel spätestens drei Tage vor dem Wahltag automatisch zugestellt werden. Rheinland-Pfalz würde damit dem Beispiel Baden-Württembergs folgen. Hier ist es seit Jahrzehnten üblich, die Stimmzettel vorab nach Hause zu schicken. Das erleichtert die Stimmabgabe erheblich, besonders älteren Mitbürgern und den Erstwählern.

Landesgesetz zur Änderung des Bestattungsgesetzes

Wenn Eltern um Sternenkinder trauern

Kinder, die sterben, bevor sie leben. Eltern, die kaum begreifen können, was geschieht: Jedes Jahr kommen in Deutschland etwa 1500 „Sternenkinder“ zur Welt, die nicht

lebensfähig sind und weniger als 500 Gramm wiegen. Seit der Änderung des Bestattungsrechts 2012 können Eltern ihre Sternenkinder

der würdig beerdigen und namentlich bei Ämtern melden.

Egal wie und in welchem Alter - der Tod eines Kindes gehört zum Schlimmsten, was Eltern widerfahren kann. Am Grab oder einem Gräberfeld haben sie einen Ort, an dem sie trauern können.

Dass ihnen das Recht zusteht, ihr tot geborenes Kind bestatten zu lassen, ist den Eltern in dieser extremen Situation oft nicht bewusst. Sie müssen das Geschehene begreifen

und gleichzeitig Abschied nehmen. Hier können Rat und Begleitung helfen. Deshalb setzt sich die CDU-Fraktion dafür ein, eine sog. „Hinweispflicht“ in das rheinland-pfälzische Gesetz aufzunehmen. Danach sind Einrichtungen, in denen die Geburt erfolgte, verpflichtet, zumindest einen Elternteil auf die Bestattungsmöglichkeit hinzuweisen.

Wir fordern deshalb den Landtag auf, sich für eine solche Regelung auszusprechen. Bislang ist dies noch nicht geregelt.

Ältere Verbraucher stärken

Verbraucherpolitik auf die demographische Entwicklung vorbereiten

Die Liste der Probleme ist lang: Kleinstgedrucktes auf Verpackungen, unverständliche Begriffe, komplizierte Gebrauchsanweisungen, Hürden im Internet. Oftmals machen Warenangebote und Dienstleistungen Senioren den Alltag unnötig schwer. Dabei haben gerade sie großen Informations- und Beratungsbedarf.

Senioren sind wichtige Konsumenten

Schon 2030 wird jeder dritte Bundesbürger älter als sechzig Jahre sein. Senioren sind eine wichtige Konsumentengruppe. Ihre Bedürfnisse und Lebensumstände bestimmen im Zuge der demographischen Entwicklung zunehmend die Anforderungen an die Verbraucherpolitik. Die CDU-Landtagsfraktion setzt sich dafür ein, ältere Verbraucher zu stärken und ihre Interessen in den Focus zu rücken.

Sicherheit und Selbstbestimmung

Unser Leitbild des selbstbestimmten und gut informierten Verbrauchers kennt keine Altersbegrenzung. Es geht um Sicherheit, um

Selbstbestimmung und um Generationengerechtigkeit. Wir wollen die Verbraucherpolitik in Rheinland-Pfalz auf die demografische Entwicklung bestmöglich vorbereiten.

Bislang hat die Landesregierung lediglich Strategien angekündigt, wobei Inhalte im Unklaren blieben. Deshalb fordern wir Rot-Grün auf, endlich ein Konzept zu erarbeiten.

Als Leitlinien schlagen wir in unserem Antrag vor:

- Kontinuierlich die Erwartungen der rheinland-pfälzischen Verbraucher zu analysieren und auszuwerten, unter besonderer Beachtung älterer Menschen. Die Ergebnisse sollten in den Verbraucherschutzbericht einfließen.
- Das Informations- und Beratungsangebots für Verbraucher zu überprüfen, Prävention und gesundheitliche Aufklärung zu stärken.
- Die Verbraucherzentrale darin zu unterstützen, ihr Angebot regional

gleichmäßig und einfach zugänglich zu gestalten. Auch im ländlichen Raum muss insbesondere für ältere Menschen Verbraucherberatung möglich bleiben, z. B. durch mobile Lösungen.

- Der Verbraucherschutzbericht Rheinland-Pfalz soll künftig mehr auf die Bewertung unabhängiger Experten abheben, weniger auf die Selbstdarstellung der Landesregierung. Die demografische Entwicklung sollte einen Schwerpunkt bilden.
- In frühkindlicher, schulischer-, Jugend- und Erwachsenenbildung muss insbesondere ein Bild des Alters und

älterer Menschen vermittelt werden, mittels dessen die demografische Entwicklung auch als Chance wahrgenommen werden kann.

- Die Lebensmittel- und Bedarfsgegenständekontrolle in Rheinland-Pfalz so zu unterstützen, dass die dort Beschäftigten ihre Arbeit sachgerecht und qualifiziert wahrnehmen können. Damit soll die Verbrauchersicherheit insbesondere auch für ältere Menschen gewährleistet werden.
- Anbieter von Diensten, Leistungen und Produkten sind verstärkt dafür zu sensibilisieren, ihre Angebote am Bedarf älterer Menschen auszurichten.

Windiges Unterfangen

Landesregierung treibt Energiewende planlos voran

Ein ehrgeiziges Ziel: Bis 2030 soll der Strom aus rheinland-pfälzischen Steckdosen komplett aus erneuerbaren Energien fließen. Dafür will die Landesregierung den Ausbau der Windenergie zügig vorantreiben und hat versucht, das Landesentwicklungsprogramm LEP IV zu aktualisieren. Mehr als doppelt so viele Windkraftanlagen wie bisher sollen in die Landschaft gestellt werden.

Kein Fahrplan

Einen notwendigen Fahrplan für den Ausbau bleibt Ministerin Lemke jedoch schuldig. Weder kümmert sie sich um eine koordinierte Planung, noch um eine systematische Steuerung. Im Gegenteil: Ein koordiniertes Vorgehen scheint ausdrücklich unerwünscht. Regionale Planungsgemeinschaften werden ausgehebelt. Über die Standorte sollen Kommunen selbst entscheiden – derweil

Windkraftbetreiber mit hohen Renditezah-lungen locken.

Die Landesregierung nimmt eine kleinräumige Planung von Windkraftstandorten bewusst in Kauf. Mit allen negativen Folgen. Überregionale Aspekte werden zu wenig berücksichtigt. Es droht eine flächendeckende Verspargelung der Landschaft. Ein Wildwuchs, verbunden mit hohen Belastungen für Mensch und Natur. Zudem sollen Windräder näher als bisher an Wohnorte heranrücken dürfen. Die Abstandsfläche wurde von 1 000 auf 800 Meter gekürzt.

CDU, FDP, Naturschutzverbände protestieren gegen diese Umsetzung der Energiewende und befürchten schwerwiegende Fehler für die Zukunft unseres Landes. Allein 14 Bürgerinitiativen fordern von der Landesregierung, ihre Pläne sofort zu stoppen. Minis-

terin Lemke schaffe Natur- und Umweltschutz praktisch ab.

Die CDU-Fraktion hat einen Entschließungsantrag auf den Weg gebracht, in dem wir für eine überörtliche, strukturierte Lenkung in einem mehrstufigen Verfahren ein treten.

Unter anderem fordern wir:

- Die Umstellung der Stromversorgung auf erneuerbare Energien muss so gestaltet werden, dass für private Haushalte wie für die Unternehmen der Wirtschaft bezahlbare Strompreise erhalten bleiben,
- die geltenden Regeln zum Schutz von Natur und Umwelt uneingeschränkt beachtet werden,

- das prägende Erscheinungsbild der Kulturlandschaften in Rheinland-Pfalz auch als Erholungsräume für den Fremdenverkehr erhalten bleibt.
- Die Landesregierung soll dem Landtag einen neuen Entwurf für die Fortschreibung des LEP IV vorlegen. Dieser soll im Plenum des Landtages beraten und beschlossen werden. Dieser Entwurf soll ein verbindliches und mehrstufiges Verfahren zur Festlegung der Standorte für dezentrale Energieanlagen, besonders Windkraftanlagen, festlegen, bei dem durch die regionalen Planungsgemeinschaften regionale Vorranggebiete ausgewiesen werden.

Auf dem Rücken der Kinder

Landesregierung setzt falsche Schwerpunkte bei der Inklusion

Gemeinsam lernen und spielen, in Kita und Schule. Gemischte Gruppen aus behinderten und nicht behinderten Kindern können Chancen bieten. Die einen üben Toleranz und Rücksicht, die anderen erhalten mehr Leistungsanreize.

Die CDU-Fraktion ist hier offen für neue Wege, mehr Gemeinsamkeit zu ermöglichen und eine stärkere Sensibilität in der Gesellschaft zu wecken. Wir sind aber auch der Auffassung, dass es nicht einen allgemeinen Inklusionsweg für alle gibt, sondern die Kinder individuell und vielfältig gefördert werden sollten.

Förderschule statt Regelschule

Nicht für jedes Kind ist die Regelschule geeignet. So kann eine Förderschule den bes-

seren Rahmen bieten. Rheinland-pfälzische Förderschulen leisten hervorragende Arbeit und haben die gesellschaftliche Integration ihrer Schülerinnen und Schüler im Blick. Die CDU-Fraktion sieht gerade die Vielfalt der Förderorte und die Wahlfreiheit in Rheinland-Pfalz als Gewinn. Dieses Netz muss erhalten und für Kinder erreichbar bleiben. Wir setzen uns dafür ein, dass sich die Öffnung der allgemeinen Schulen für behinderte Schülerinnen und Schüler zuallererst am Kindeswohl orientiert.

Qualität vor Quote

Nur die Frage nach dem gemeinsamen Unterricht allein reicht nicht. Auch die Qualität muss stimmen. Bildungsministerin Ahnen rückt in erster Linie Planzahlen in den Vordergrund. Schon bis 2016 sollen 40 Prozent

der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf an Regelschulen unterrichtet werden. Auf diese Aufgabe sind die Schulen im Land nicht vorbereitet.

Konzepte fehlen

Es fehlen Konzepte, z. B. welche Rolle den Gymnasien und den berufsbildenden Schulen zufällt. Auch das Schulbauprogramm ist nicht angepasst, Förderpädagogik bis heute nicht in der Lehrerausbildung vorgesehen, Stellen fehlen.

Die Landesregierung trägt die rasche Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention auf dem Rücken der Kinder aus. Dagegen wendet sich die CDU-Fraktion mit ihrem Antrag und fordert die Landesregierung auf:

- das angekündigte Elternwahlrecht hinsichtlich des Förderortes behinderter Schülerinnen und Schüler um einen Ressourcenvorbehalt zu ergänzen, damit ein qualitätsorientierter, schrittweiser Ausbau der Beschulung behinderter Kinder an allgemeinen Schulen möglich bleibt. Die Einzelintegration sollte im Sinne einer qualitativ hochwertigen Unterrichtsgestaltung auch zukünftig die Ausnahme bleiben;
- eine intensive Elternberatung hinsichtlich des Förderortes, auf der Basis der individuellen Bedürfnisse des Kindes, zu etablieren. An der Elternberatung sollen Förderpädagogen und allgemeine Pädagogen beteiligt werden;
- verbindliche und transparente Qualitätskriterien zu formulieren, auf die eine behinderte Schülerin/ein behinderter

Schüler im rheinland-pfälzischen Bildungssystem Anspruch hat. Dazu gehört insbesondere der Anspruch auf Begleitung durch ausgebildete Förderpädagogen;

- durch ein koordiniertes Strukturkonzept dauerhaft die Wahlfreiheit zwischen Förderschulen und allgemeinen Schulen sicherzustellen. In diesem Zusammenhang muss vor allem ein schlüssiges Konzept für Schülerinnen und Schüler mit dem Förderschwerpunkt ganzheitliche Entwicklung an allgemeinen Schulen erstellt werden;
- dem Landtag zeitnah ein Konzept zur Einrichtung von Förderzentren vorzulegen;
- die berufsbildenden Schulen in die Zuweisung von Förderlehrkräften einzubeziehen und sie konzeptionell auf die Aufnahme behinderter Schülerinnen und Schüler vorzubereiten;
- die Schulbaurichtlinie an die Bedürfnisse behinderter Schülerinnen und Schüler anzupassen;
- Grundlagen der Förderpädagogik in der Lehrerbildung aller Lehrämter zu verankern und sie verstärkt zum Gegenstand der Lehrerfortbildung zu machen;
- Konzepte der Kooperation von Förderschulen und allgemeinen Schulen zu stärken und landesweit zu etablieren.

Gegen Verscherbeln und Ausverkauf Der Nürburgring muss für alle zugänglich bleiben

Kein Durchbruch auf dem Nürburgring. Die legendäre Rennstrecke steht vor einer ungewissen Zukunft. Der Ring samt Nord-schleife und Grand-Prix-Strecke soll verkauft werden, komplett oder in Teilen. Damit stehen der Mythos Nürburgring, sein besonderes Flair und die hiesige Rennsport-Kultur auf dem Spiel. Europaweit per Zeitungsanzeige nach Investoren gesucht.

Die CDU-Fraktion ist für die Abkopplung der Rennstrecken aus dem Verkaufsprozess. Gemeinsam mit Organisationen und Verbänden vor Ort drängen wir darauf, dass der Nürburgring auf jeden Fall dauerhaft für die Öffentlichkeit zugänglich und bezahlbar bleiben muss. Einen Ausverkauf als private Rennstrecke für Milliardäre zu Lasten des Breitensports darf es nicht geben.

Landesregierung duckt sich weg

Augenscheinlich stolpert die Landesregierung der Entwicklung hinterher. Sie steckt den Kopf in den Sand. Klare Positionierungen zur künftigen Struktur des Nürburgrings – Fehlanzeige. Die touristische und wirtschaftliche Zukunft der Region ist eng mit

dem Schicksal des Nürburgrings verbunden. Die vielen Betriebe, die mittelbar und unmittelbar die Rennstrecke zu Testzwecken nutzen oder Touristenfahrten organisieren, sorgen sich um ihre Existenz.

Vor diesem Hintergrund fordert die CDU-Fraktion die Landesregierung auf:

- umgehend alle gesetzlichen wie rechtlichen Möglichkeiten zu prüfen, wie ein öffentliches dauerhaftes Zugangsrecht vor allem für den Breitensport und den Tourismus am Nürburgring gesichert werden kann,
- in diesem Zusammenhang ebenso zu prüfen, ob die Sicherung des öffentlichen Zugangsrechts durch Herausnahme der Rennstrecken aus dem Verkauf gewährleistet werden könnte sowie
- dem Landtag im Anschluss über die Ergebnisse ihrer Prüfungen zu berichten.

Kalte Progression CDU-Fraktion will Steuerzahler entlasten

Trotz Lohnerhöhung am Ende weniger in der Tasche? Dann hat den Bürger die sog. „kalte Progression“ erwischt: Mit steigendem Einkommen erhöht sich der Steuersatz, ein Teil des zusätzlichen Lohns frisst die Inflation auf. Diese klammheimliche Steuererhöhung kostet den deutschen Steuerzahler Milliarden. Betroffen sind vor allem Einkommens-

gruppen mit einem Jahreskommen zwischen 55 und 65 000 Euro.

Die Bundesregierung wollte die kalte Progression schon lange abmildern, scheiterte damit jedoch Ende 2012 im Bundesrat. SPD und Grüne lehnten das Vorhaben ab und

forderten stattdessen die Anhebung des Spitzensteuersatzes für Top-Verdiener.

Kühl'sche Kehrtwende

Vor diesem Hintergrund überrascht die jüngste Kehrtwende des rheinland-pfälzischen Finanzministers Kühl. Noch vor wenigen Monaten führte er im Bundesrat das Wort gegen den Abbau der kalten Progression. Jetzt fordert er die Bundesregierung auf, die Steuerzahler eben bei der kalten Progression zu entlasten.

Das zeigt: Der rot-grünen Landesregierung dient das deutsche Steuersystem als Spielwiese für machttaktische Spiele. Nichtsdestotrotz begrüßt die CDU-Fraktion die späte Einsicht von Finanzminister Kühl und fordert ihn auf, seinem Meinungswandel jetzt Taten folgen zu lassen.

Wir erwarten von ihm jetzt dazu eine Bundesratsinitiative mit folgendem Inhalt:

- Die Landesregierung setzt sich für eine regelmäßige Korrektur des Einkommensteuertarifes ein, bei der der Grundfreibetrag auf das jeweils neu errechnete Existenzminimum festgelegt und die Einkommenssumme, ab der der Höchststeuersatz erreicht wird, um die Inflationsrate erhöht wird.
- Die Landesregierung setzt für die Finanzplanung des Landes und die Haushaltspläne keine Steuererhöhungen, darin eingeschlossen automatische Steuererhöhungen durch die sog. „kalte Progression“, voraus, um das strukturelle Haushaltsdefizit des Landes zur Einhaltung der Schuldenbremse abzubauen.

CDU will Essensqualität bestmöglich sichern

Landesregierung schafft Qualitätskontrollen ab

Ob in Kita, Schule, Altenheim: Viele Menschen sind täglich auf Kantinenessen und Großküchen angewiesen. Umso wichtiger sind eine gute Qualität und regelmäßige, ernährungsphysiologische Kontrollen des Essens. Doch diese Tests hat die rheinland-pfälzische Landesregierung im vergangenen Jahr abgeschafft. Erst wurden 2010 die Überprüfungen in Kindertagesstätten und in Schulen eingestellt, jetzt wird auch das Essen in Altersheimen nicht mehr auf seine Qualität hin kontrolliert. Jetzt soll es nur noch die gesetzlich vorgeschriebenen Hygienekontrollen im Hinblick auf gesundheitsgefährdende Keime geben. Ob das Essen genug Vitamine und Nährstoffe enthält oder zu fett ist, spielt keine Rolle mehr. Dabei hatten Tests des Koblenzer Landesuntersuchungs-

amtes alarmierende Befunde ergeben. 2010 wurde in fast neun von zehn Fällen Senioren kein altersgerechtes Essen serviert. Und von 26 untersuchten Schulessen fielen 25 durch: Zu kalorienreich, zu salzig, auch hier fehlten Nährstoffe.

Verbraucherschutzminister Hartloff schaut weg, trotz der hohen Beanstandungsquoten. Die CDU-Fraktion ist dagegen der Auffassung: Es darf hier keine Lücken im Verbraucherschutz geben. Mit unserem Antrag machen wir auf die Defizite aufmerksam, die durch die Politik von Minister Hartloff entstanden sind und verlangen, diese Defizite unverzüglich auszugleichen. Es muss sichergestellt sein, dass bei Einrichtungen für ältere und pflegebedürftige Menschen, Schulen

und Kindertagesstätten sowohl die hygienische Produktion und Verarbeitung, als auch die ernährungsphysiologische Zusammensetzung der Verpflegung kontrolliert werden.

Unsere Forderungen an die Landesregierung:

- Die Kontrollen erfolgen durch die amtliche Lebensmittelüberwachung.
- Die Beratung der Einrichtung ist konstitutiver Bestandteil der Überwachung.
- Die Kontrollen erfolgen in ausreichender Anzahl.
- In der über viele Jahre geübten Weise und aufgrund von Probenplänen sind Proben aus Tagesrationen und Mittagmahlzeiten zu entnehmen und auf ernährungsphysiologische Beschaffenheit zu untersuchen. Beurteilungsgrundlage sind die einschlägigen Kriterien der Deutschen Gesellschaft für Ernährung.
- Die Probenuntersuchung erfolgt durch das Landesuntersuchungsamt (LUA).
- Rechtsgrundlage sind die §§ 5, 11 und 43 des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches und Artikel 14 der Verordnung (EG) Nr. 178/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Januar 2002 hinsichtlich des Schutzes der Gesundheit, des Schutzes vor Täuschung und der Anforderungen an die Lebensmittelsicherheit.
- Zuständige oberste Landesbehörde ist das Ministerium für Justiz- und Verbraucherschutz.
- Es erfolgt eine Berichterstattung über die Ergebnisse im Jahresbericht des LUA.

Mündliche Anfragen

Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms IV gegen den Bürgerprotest (Christian Baldauf, MdL und Dr. Norbert Mittrücker, MdL)

1. Aus welchen Gründen will die Landesregierung darauf verzichten, dem Landesentwicklungsprogramm mehr Verbindlichkeit und Rechtskraft zu geben, indem es im Rahmen eines Gesetzgebungsverfahrens in Kraft gesetzt wird?
2. Wie beurteilt die Landesregierung die auch nach der überarbeiteten Fortschreibung des LEP IV unveränderten Proteste sämtlicher Naturschutzverbände und einer wachsenden Zahl von Bürgerinitiativen gegen die Regelungen zur Standortbestimmung von dezentralen Energieanlagen?
3. Aus welchen Gründen hält die Landesregierung eine Verminderung der abstandsregel für Windkraftanlagen zu Bebauungsgebieten auf 800 Meter für tragbar, obwohl die neueren Anlagen höher und größer werden?
4. Aus welchen Gründen hält die Landesregierung es für notwendig oder zumutbar, in den Regionen des Landes, in denen bereits 2 Prozent der Fläche für Windkraftanlagen in Anspruch genommen sind, den Bau weiterer Anlagen unbeschränkt zuzulassen?

Entwicklung des Frachtfluges am Flughafen Frankfurt-Hahn (Alexander Licht, MdL und Gerd Schreiner, MdL)

1. Welche Auswirkungen hatten die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Frachtfluggesellschaft Air Cargo Germany (ACG) als Kunde des Flughafens Frankfurt-Hahn auf die Initiative der Landesregierung, im Rahmen des Nachtragshaushaltes 2013 zusätzliche Landesmittel für den Flughafen bereitzustellen?
2. Gab oder gibt es zur Stützung der Fluggesellschaft ACG Gespräche mit der Landesregierung oder mündliche oder schriftliche Zusagen der Landesregierung zu Bürgschaften für die ACG?
3. Welche Anstrengungen hat die Landesregierung unternommen, um den Flughafen Hahn beim Frachtfluggeschäft in der direkten Konkurrenz zum Flughafen Frankfurt, aber auch zu anderen Flughäfen zu stärken und insbesondere zum Flughafen Frankfurt Möglichkeiten der Kooperation und gegenseitigen Ergänzung auszu-schöpfen?

4. Von welchen konkreten Perspektiven für den Frachtflug am Hahn zur Erreichung der Rentabilität geht die Landesregierung bei ihren Bemühungen

aus, die Zukunft des Flughafens auf eine sichere wirtschaftliche Grundlage zu stellen?

Personaleinsparungen bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften

(Dr. Axel Wilke, MdL)

1. Welche Stelleneinsparungen bei Richterinnen und Richtern bzw. Staatsanwältinnen und Staatsanwälten hat die Landesregierung im Dezember 2012 angeordnet:
 - a) In der Ordentlichen Gerichtsbarkeit,
 - b) Bei den Staatsanwaltschaften,
 - c) In den Fachgerichtsbarkeiten?
2. Wann und wo wurden bzw. werden diese Personalmaßnahmen konkret umgesetzt?
3. Welche Auswirkungen erwartet die Landesregierung auf die sog. PEBB§Y-Deckungsgrade in den einzelnen Gerichtszweigen bzw. den Staatsanwaltschaften?
4. Wieso wurden die Personalmaßnahmen nicht in der Steuerungsgruppe bzw. den Arbeitsgruppen zur Justizstrukturreform zur Diskussion gestellt?

Entwicklung im Insolvenzverfahren Nürburgring

(Horst Gies, MdL, Guido Ernst, MdL und Alexander Licht, MdL)

Aktuelle Situation hinsichtlich der Sprachkenntnisse ausländischer Ärzte in Rheinland-Pfalz

(Dr. Peter Enders, MdL)

Messungen des Bahnlärms am Mittelrheintal

(Josef Dötsch, MdL)

Das Deutschlandstipendium ein Jahr nach der Einführung in Rheinland-Pfalz

(Dorothea Schäfer, MdL und Dr. Susanne Ganster, MdL)

Auftritt der Landesregierung im Web 2.0

(Marcus Klein, MdL)

Umgang mit Schulbüchern im Rahmen der Lernmittelfreiheit

(Martin Brandl, MdL und Christine Schneider, MdL)

Diskussion über Medienaufsicht in der EU-Kommission

(Dr. Adolf Weiland, MdL)

Konsequenzen der PULSS-Studie für die Entwicklung der Begys-Klassen

(Bettina Dickes, MdL und Guido Ernst, MdL)

**Haltung der Landesregierung zur Forderung nach einer „EU-
Lebensmittelpolizei“**

(Dorothea Schäfer, MdL)

Konsequenzen der hochschulpolitischen Empfehlungen des Aktionsrats Bildung

(Andreas Biebricher, MdL und Brigitte Hayn, MdL)